Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 71 (1993)

Heft: 2

Artikel: Der Traum einer Zivilgesellschaft und die Widerwärtigkeiten der Realität : das Beispiel Polens

Autor: Juchler, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340995

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der Traum einer Zivilgesellschaft und die Widerwärtigkeiten der Realität

Das Beispiel Polens

Es gibt in der neueren Zeitgeschicht kaum ein Land, bei dem zivilgesellschaftliche Vorstellungen wie die Selbstorganisation der „Gesellschaft" und damit verbundene politische Strategien eine bedeutsamere Rolle gespielt haben als in Polen. Es gibt allerdings auch kaum ein Land, bei dem die Erwartungen der Protagonisten so enttäuscht worden sind wie in diesem Pionierland der osteuropäischen Reformprozesse.

Jakob Juchler

Es lohnt sich deshalb, die zentralen Entwicklungen kurz darzustellen und nach den wichtigsten Gründen zu fragen.[1]

Nach den Enttäuschungen mit den Führungs- und Kurswechseln von 1956 und 1970/71, die jeweils auf Druck von Massenbewegungen zustande gekommen waren, erlangten seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre in der polnischen Oppositionsbewegung Vorstellungen von gesellschaftlicher Selbstorganisation eine zunehmend wichtige Stellung. In Polen war der Boden dafür besonders fruchtbar, gab es doch aufgrund der historischen Erfahrungen eine langjährige geistesgeschichtliche Tradition, „Gesellschaft" und „Staat" zu trennen.

In der Solidarnosc-Bewegung gewannen zivilgesellschaftliche Konzepte dann eine eminente politische Bedeutung. Die prekäre Wirtschaftslage und die allgemeine politisch-gesellschaftliche Krise hatten 1980 zu einer der grössten offenen Krisen in der Geschichte der „realsozialistischen" Länder geführt. Im Danziger Abkommen, einer Art „Gesellschaftsvertrag" zwischen den Machtträgern und der „Gesellschaft", wurden materielle Verbesserungen und grössere Freiheiten wie die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht garantiert, sozusagen im Austausch gegen eine Tolerierung des „kommunistischen" Machtanspruches. In der instabilen Situation, in der sich ein widerstrebendes, intern gespaltenes Regimelager und eine sich radikalisierende Massenbewegung um die Solidarnosc (eine Art breiter nationaler „Erneuerungsbewegung") gegenüberstanden, entwickelten sich eigentliche Doppelmachtstrukturen. Es gab eine spontane, gesellschaftliche Selbstorganisation, eine Bewegung von „unten", die sich hauptsächlich um die Gewerkschaftsstrukturen gruppierte, aber auch diverse Neuformierungen von Verbänden und Organisationen, und vor allem eine Selbstverwaltungsbewegung in den (grösseren) Betrieben umfasste. Programmatisch gewann ein dezentrales System von Selbstverwaltung und zunehmend demokratischen politischen Strukturen an Bedeutung, das schliesslich im Leitbegriff der „selbstverwalteten Republik" am Solidarnosc-Kongress gutgeheissen wurde.

Es gab eine spontane gesellschaftliche Selbstorganisation, eine Bewegung von „unten", die sich hauptsächlich um die Gewerkschaftsstrukturen gruppierte.

Eine Idealisierung dieser sicher sehr kreativen und innovativen Periode (auch der Autor ist damals grossteils ihrer intensiv erlebbaren Aufbruchsstimmung „erlegen"), wie sie dann vor allem im Westen stattfand, ist allerdings nicht angezeigt[2]. Die sehr heterogene und intern immer mehr gespaltene Solidarnosc war nur sehr beschränkt fähig, einigermassen konsistente Konzepte und funktionierende Alternativstrukturen aufzubauen. Auch der überwiegende Teil der Bevölkerung – nach Umfrageergebnissen rund zwei Drittel – bevorzugte die klassische Strategie, Druck auf Zugeständnisse der Regimeseite zu machen, nicht aber selber aktiv zu partizipieren.[3] Es herrschte ein recht grosses (und leider meist nicht produktives) Chaos. Machtkämpfe und Rivalitäten plagten die Organisation, die vor allem durch den gemeinsamen Gegner zusammengehalten wurde. Die Parallelisierung von staatlichen und „gesellschaftlichen" Strukturen blockierte Entscheidungen und verschärfte die wirtschaftliche und politische Krise, was den Hardlinern im Regimelager nur recht sein konnte. Dazu kam der wachsende Druck von aussen, so dass schliesslich eine überzeugende Strategie fehlte, wie aus der verfahrenen Situation herauszukommen sei.

1987 waren die Hoffnungen auf die Schaffung einer eigentlichen Zivilgesellschaft weitgehend verflogen.

Die Verhängung des Kriegsrechtszustandes im Dezember 1981 leitete dann eine neue Phase ein, die die Entwicklung der 80er Jahre weitgehend bestimmte. Die Führung unter Jaruzelski verfolgte eine Art Doppelstrategie: harte, gezielte Repression gegen oppositionelle Aktivisten einerseits, Fortführung eines gewissen Reformkurses im wirtschaftlichen Bereich anderseits. Politisch konnte damit nach aussen hin eine weitgehende „Stabilisierung" erreicht werden. Die Untergrundstrukturen mit ihren breiten Publikationsaktivitäten wurden allerdings nicht zerschlagen. In der stark geschwächten Oppositionsbewegung gab es heftigen Streit über den einzuschlagenden Kurs, wobei vorerst zivilgesellschaftlich inspirierte Ansätze des Aufbaus von einer „Parallel-Gesellschaft" einen prominenten Platz einnahmen. Die Gesellschaft als ganzes war gespalten. Rund ein Fünftel bis ein Viertel war relativ klar für das Regime, knapp die Hälfte legte sich nicht genau fest oder interessierte sich überhaupt nicht für Politik und rund ein Fünftel bis ein Drittel stellte sich gegen das System. Allerdings blieb die gesellschaftliche Stellung der organisierten Opposition lange Zeit sehr schwach, gelang es nicht, wieder eine breitere Bewegung aufzubauen. [4]

Erst seit 1987, nach der Einleitung der Perestroika, als die Führung wieder auf intensivere Wirtschaftsreformen setzte – vor allem auf eine härtere "Stabilisierungspolitik" mit Preiserhöhungen und Liberalisierungen, gab es eine Tendenzwende. Diese Strategie stiess nämlich auf den zunehmenden Widerstand der Arbeiter. Eine immer schlechter werdende Stimmung verschärfte das Grunddilemma der Führung, die für Reformen gerade die Unterstützung derjenigen Schichten am meisten benötigte, die ihr besonders ablehnend gegenüberstanden (Intelligenz, Facharbeiter). In dieser Situation setzte die grosse Mehrheit der Oppositionsbewegung, die sich um die Solidarnosc-Bewegung von Walesa gruppierte, auf eine Verständigungslösung, um einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die Hoffnungen auf den Aufbau breiter paralleler Strukturen, die Schaffung einer eigentlichen Zivilgesellschaft, waren weitgehend verflogen. Angestrebt wurde der realpolitische Kompromiss.

In der Folge der Sommerstreiks von 1988 kam es schliesslich zu den Gesprächen am „Runden Tisch" und die im April 1989 erzielten Vereinbarungen brachten wichtige Veränderungen. Solidarnosc wurde wieder zugelassen. Erstmals wurden freie Wahlen als Prinzip anerkannt. Dabei galt für die bevorstehenden Wahlen eine Übergangsregelung, indem die Mehrheit des Sejms dem Regimelager zugesprochen wurde. Nur der neu zu schaffende Senat

sollte in freier Konkurrenz bestellt werden. Im wirtschaftlichen Bereich wurde zwar die Einführung „schneller und radikaler Marktreformen" als Ziel festgelegt, aber im wesentlichen einigte man sich auf ein gemischtes Wirtschaftssystem mit Gleichberechtigung aller Sektoren, das auf Marktbeziehungen und Selbstverwaltung der Beschäftigten in den Staatsbetrieben beruhen sollte. Damit war erneut wie 1980 beim Abkommen von Danzig eine Art Gesellschaftsvertrag geschlossen worden. Auch dieses Abkommen sollte sich aber als instabil erweisen, allerdings unter den veränderten Umständen mit einem ganz anderen Ergebnis als noch vor einem Jahrzehnt.

Bereits der erste Reformschritt, die Neuwahlen anfangs Juni in den Sejm und den Senat, brachte den Stein ins Rollen. Die unerwartet starke Niederlage des Regimelagers und der grosse Erfolg der nun wieder zum Hoffnungsträger avancierten Solidarnosc-Bewegung machte die vereinbarte (vorläufige) Dominanz der Kommunisten illusorisch. Man einigte sich schliesslich auf eine Allparteienregierung unter der Führung der Solidarnosc. Im August wurde Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Premierminister einer Regierung gewählt, der in allen Umfragen über vier Fünftel der Bevölkerung das Vertrauen aussprachen. Damit war eine Veränderung eingetreten, die nicht nur den politischen Bereich entscheidend umkrempelte, sondern auch die Voraussetzungen für einen grundlegenden wirtschaftlichen Wandel schuf. Die Mehrheit der politischen Elite und bald auch der Bevölkerung akzeptierte nun nämlich eine Reformstrategie, die nicht nur eine radikale „Schocktherapie", sondern auch eine klare Orientierung auf eine westliche Wirtschaftsordnung enthielt.[5]

Unter diesen Bedingungen kristallisierte sich ein Reformkurs heraus, der durch ein spezifisches Verhältnis zwischen politischem und wirtschaftlichem Umbau gekennzeichnet war. Einerseits dominierte die Zielrichtung einer graduellen politischen Veränderung. Eine sanfte „Abrechnung" mit den Kommunisten (Politik des „dicken Striches") und ein kontinuierlicher Übergang zu einer vollständigen pluralistisch-parlamentarischen Demokratie waren wichtige Elemente dieses Kurses. Anderseits wurde ein relativ radikaler wirtschaftlicher Wandel anvisiert – der sogenannte Balcerowicz-Plan – mit einer monetaristisch orientierten „Schocktherapie" gegen Inflation und Marktrestriktionen bei gleichzeitigem institutionellem Umbau auf eine westlich-kapitalistische Marktwirtschaft. Es handelte sich also – ganz im Gegensatz zu 1980 – um eine „Reform von oben", ohne aktive Beteiligung von unten. Dabei bestand allerdings so etwas wie ein „spontaner Gesellschaftsvertrag" (Kuron). Die neue Regierung versprach, die Inflation und die Krisenerscheinungen in den Griff zu bekommen, und verlangte dafür während einer bestimmten Zeit von der „Gesellschaft", die damit verbundenen hohen Kosten zu tragen. Die „Gesellschaft" ihrerseits akzeptierte, wenigstens zu Beginn, die anfänglichen Entbehrungen im Bewusstsein, dafür später „kompensiert" zu werden (tatsächlich gaben in einer Umfrage Ende 1989 zwei Drittel an, sie seien bereit, den Gürtel enger zu schnallen, wenn es später aufwärts gehe). Dass sich eine solche „traditionelle" Reformausrichtung durchsetzte, hängt nicht nur mit dem Fehlen überzeugender Alternativstrategien und dem überwiegenden „Konservatismus" der neuen Elite zusammen, sondern war auch durch eine weitgehend passive Haltung der Gesellschaft selbst bedingt. Bezeichnenderweise gelang es z.B. der Gewerkschaft Solidarnosc nur noch, etwa einen Viertel ihrer früheren Mitgliederzahl von 1980 zu erreichen.

Die Widersprüche der Reformkonzeption und des realen Reformprozesses prägten die weitere Entwicklung. Die sehr heterogene Sammlungsbewegung der Solidarnosc-Bewegung zerfiel stufenweise in

Die ehemaligen Vertreter zivilgesellschaftlicher Vorstellungen sind seit einiger Zeit in einen Abwehrkampf gegen autoritäre und nationalistische Tendenzen verwickelt.

mehrere Gruppierungen und Parteien. Die Richtungen, die am ehesten noch gewisse zivilgesellschaftliche Vorstellungen repräsentierten, etwa die Solidarnosc als gesellschaftliche Bewegung von unten zu erhalten oder im wirtschaftlichen Umbau selbstverwaltete Betriebe zu bevorzugen, erlitten deutliche Niederlagen. Statt einer breiten gesellschaftlichen Selbstorganisation setzte grossteils politischer Rückzug und ein Kampf um neue Positionen oder schlicht ums Überleben in der dramatischer werdenden Krise ein. Die Enttäuschung über den Verlauf des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses nahm immer grössere Ausmasse an. Das Vertrauen zu den meisten staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen fiel trotz einiger Schwankungen immer tiefer und erreichte bereits im Sommer 1992 wieder Werte wie vor dem Reformprozess. Dass die „Ordnung" und „Sicherheit" symbolisierenden Armee und Polizei als einzige stark zulegen konnten und seit einiger Zeit die populärsten Institutionen sind (noch deutlich vor der Kirche) weist auch auf einen wichtigen Trend hin. Die Frustrationen werden eher mit traditionellen Werten und populistischen Vorstellungen „bewältigt" und bilden nicht mehr den Anstoss für einen erneuten gesellschaftlichen Aufbruch wie etwa 1980. Die generelle Orientierung geht in Richtung „Bewahren", nicht auf produktive „Neuschaffungen". Die (ehemaligen) Vertreter zivilgesellschaftlicher Vorstellungen sind denn auch seit einiger Zeit in einen eigentlichen Abwehrkampf verwickelt, gegen autoritäre und nationalistische Tendenzen verschiedener Couleur bis hin zum Kampf gegen katholisch-fundamentalistische Angriffe auf eine pluralistische Ordnung. Und hier erreichten sie auch die grössten Erfolge. Gegen die Einführung eines äusserst repressiven Schwangerschaftsgesetzes gab es erstmals wieder so etwas wie eine spontane, breite gesellschaftliche Bewegung von unten [6].

Betrachtet man insgesamt die Entwicklung, drängt sich das folgende Fazit auf: Zivilgesellschaftliche Vorstellungen waren in der polnischen Entwicklung ein wichtiger Anstoss für gesellschaftliche Entwicklungen und besonders für Massenbewegungen von unten; allerdings zeigte sich auch deutlich ihre Beschränktheit gegenüber den komplexen Problemen gesellschaftlicher Umbruchprozesse.

Jakob Juchler, Zürich, ist Sozialwissenschaftler und Osteuropa-Experte.

[1] Für eine ausführliche Darlegung der polnischen Entwicklung vgl. meine Bücher „Die sozialistische Gesellschaftsformation - Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945-1984)", Campus, Frankfurt a. M., 1986, sowie „Umbruch in Osteuropa - Gesamtüberblick und Fallstudien (Polen und Tschechoslowakei 1989-1992)" (Arbeitstitel, erscheint voraussichtlich im September 1993, Seismo, Zürich), sowie zur Struktur und Entwicklung des Sozialismus „Ende des Sozialismus - Triumph des Kapitalismus", Seismo, Zürich, 1992.

[2] Vgl. etwa die Arbeiten von Alain Touraine und den selbstkritischen polnischen Artikel von Jadwiga Staniszkis im Journal für Sozialforschung Nr. 1-2, 1982.

[3] Aufschlussreich ist, dass im Herbst 1980 75% angaben, den Leuten liege mehr daran gut regiert zu werden als selber am Regieren mitbeteiligt zu sein (umgekehrt nur 16%); Zahlenverhältnisse, die dann auch später, im Sommer 1992 mit 82% zu 9% wieder ähnlich ausfielen.

[4] Das Vertrauen zur Untergrund-Solidarnosc war 1984 sehr gering (Nettoakzeptanz, d.h. Differenz zwischen dem Prozentsatz der Vertrauenden und dem Prozentsatz der Nichtvertrauenden, von -52%), noch geringer als zu den „offiziellen" Gewerkschaften OPZZ (Nettoakzeptanz - 19%), während die Kirche einsam an der Spitze thronte (+65%). Im Winter 87/88 war das Vertrauen zur Solidarnosc etwas gestiegen (Nettoakzeptanz von -23%)) vgl. Polacy '90, Warszawa, 1991, 99ff.

[5] Jacek Kuron, der altgediente „Dissident" und Vertreter zivilgesellschaftlicher Konzepte, beschrieb später, wie er und die meisten ökonomischen Berater der Solidarnosc zur Ansicht gelangten, „dass der freie Markt schockartig" eingeführt werden müsse, wobei der amerikanische neoliberale Ökonom Jeffrey Sachs als Berater „Überzeugungsgarbeit" leistete (Kuron, Moja Zupa, Warszawa, 1991, 12f.). Dazu kam auch ein gewisser Druck vom Westen, insbesondere dem IWF, um westliche Hilfe zu bekommen. Noch im Mai 1989 hatten in einer Umfrage 39% für die Einführung eines neuen Sozialismus votiert, nur 22% eine Abkehr vom Sozialismus befürwortet.

[6] Vgl. dazu meinen Artikel in der WoZ Nr. 8, 1993, 10, sowie zur Gefahr eines neuen Totalitarismus den Aufsatz von Adam Michnik in Rainer Deppe (Hrsg.), Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Suhrkamp, Frankfurt a. M. ,1991. Die wieder zunehmenden Streikbewegungen sind ebenfalls Abwehrkämpfe ohne breitere gesellschaftspolitische Perspektive.